

# Bericht

des

## Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1960

(Vom 18. Februar 1961)

---

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1960 Bericht zu erstatten.

### A. Allgemeines

1. Auf Ende des Jahres 1960 ist Herr Bundesrichter Dr. Adolf Ziegler nach 23jähriger Mitgliedschaft im Bundesgericht infolge Erreichung der Altersgrenze zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wählte die Bundesversammlung am 15. Dezember 1960 Herrn Ständerat Dr. Kurt Schoch, Obergerichtspräsident in Schleitheim.

Bei den Ersatzmännern des Bundesgerichts schieden die Herren Dr. Ernst Baur (Zürich), Charles Cornu (Genf), Charles Halbeisen (Bern) sowie der zum ordentlichen Mitglied gewählte Herr Dr. Kurt Schoch aus. Sie wurden durch die Herren Dr. Hans Gut, Obergerichter in Zürich, Dr. Eduard Jöhr, Obergerichter in Baden, Dr. Edouard Barde, Richter an der Cour de Justice in Genf, und Dr. Arthur Haefliger, Obergerichter in Olten, ersetzt.

2. Auf Ende des Berichtsjahres hatte das Bundesgericht die eidgenössischen Untersuchungsrichter und deren Ersatzmänner für die neue Amtsdauer 1961 bis 1966 zu wählen. Es wurden neu gewählt: für die deutsche Schweiz an Stelle des verstorbenen Herrn Otto Gloor als Untersuchungsrichter Herr Dr. Hans Wieland, I. Staatsanwalt in Basel, und als Ersatzmänner die Herren Dr. Hermann Renner, Verhörer in Frauenfeld, und Dr. Hans Walder, Staatsanwalt in Zürich; für die französische Schweiz als Ersatzmann Herr Dr. Edouard Drexler, Präsident der Cour de Justice in Genf; für die italienische Schweiz als Ersatzmann Herr Argante Righetti, Advokat, Staatsanwalt für das Sopraceneri, in Bellinzona (vollständige Liste siehe Bundesblatt 1961, S. 79).

Für die gleiche Amtsdauer hat das Bundesgericht sieben Mitglieder der eidgenössischen Oberschätzungskommission und die Präsidenten der eidgenös-

sischen Schätzungskommissionen der sieben Kreise sowie deren Ersatzmänner neu bestellt (Namenliste siehe Bundesblatt 1961, S. 80).

Bei diesen Wieder- und Neuwahlen hat das Bundesgericht die Altersgrenze von 70 Jahren berücksichtigt, die es – entsprechend dem Vorgehen des Bundesrates mit Bezug auf die von ihm und den Departementen ernannten ausserparlamentarischen Kommissionen (BRB vom 14. Juli 1959, AS 1959, S. 586) – für die genannten Ämter mit Beschluss vom 15. September 1960 eingeführt hatte.

3. *Vernehmlassungen* wurden erstattet:

- a. dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement:  
– zum Vorentwurf eines Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren im Bunde;
- b. dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement:  
– zum Entwurf eines Bundesratsbeschlusses betreffend Vollzug des Artikels 4, Absatz 4 des Bundesbeschlusses vom 19. Juni 1959 über zusätzliche wirtschaftliche und finanzielle Massnahmen auf dem Gebiete der Milchwirtschaft (Zulassung der Verwaltungsgerichtsbeschwerde);  
– zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Pachtzinskontrolle (Rechtsweg für die Abschöpfung unrechtmässig erzielter Vermögensvorteile);  
– zum Vorentwurf zu einem neuen Uhrenstatut (System des Beschwerdeverfahrens).

4. Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts haben die Neueingänge gegenüber dem Vorjahr im ganzen um 82 Fälle abgenommen. Die Abnahme beträgt

bei den Zivilsachen . . . . .	—24	
bei den staatsrechtlichen Beschwerden . . . . .	—13	
bei den verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten . . . . .	— 6	
bei den Rekursen in Schuldbetreibungs- und Konkursachen . . . . .	—26	—69
Demgegenüber haben zugenommen die Strafsachen um . . . . .		+37
		<u>—32</u>

#### Zahl der Sitzungen im Jahre 1960

Gesamtgericht . . . . .	8
Verwaltungskommission . . . . .	5
I. Zivilabteilung . . . . .	34
II. Zivilabteilung . . . . .	32
Staatsrechtliche Kammer . . . . .	48
Verwaltungsrechtliche Kammer . . . . .	21
Kassationshof . . . . .	32
Anlagekammer . . . . .	2
Bundesstrafgericht . . . . .	—
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer . . . . .	5
	<u>177</u>
	Total

## Statistik über die Erledigungen von 1956 bis 1960

Natur der Streitsache	1956			1957			1958			1959			1960			Auf 1961 übertragen
	Von 1956 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1956 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1957 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1958 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1959 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	
<i>I. Zivilsachen:</i>																
1. Direkte Prozesse . . . . .	13	10	10	13	12	6	19	3	8	14	18	10	17	6	12	11
2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte . . . . .	104	404	412	96	418	382	192	404	421	115	391	390	116	371	386	101
3. Nichtigkeitsbeschwerden	7	9	14	2	13	10	5	3	7	1	7	8	—	10	10	—
4. Andere Zivilsachen (Revi- sions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren) . . . . .	—	5	5	—	11	9	2	9	6	5	15	15	5	15	12	8
<i>II. Strafsachen</i> . . . . .	73	456	449	80	506	524	62	469	489	42	514	491	65	551	565	51
<i>III. Staatsrechtliche Strei- tigkeiten</i> . . . . .	177	643	661	159	692	647	204	641	687	158	620	623	155	607	595	167
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i> . . . . .	84	161	165	80	155	168	67	145	149	63	196	189	60	130	134	56
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen</i> . . . . .	3	142	140	5	188	188	5	155	155	5	149	144	10	123	130	3
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Ban- ken-Samierungen</i> . . . . .	—	3	1	2	—	1	1	1	1	1	1	1	1	4	1	4
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbar- keit</i> . . . . .	1	5	4	2	1	1	2	3	4	1	3	3	1	1	1	1
Total	462	1898	1861	489	1946	1886	499	1893	1927	405	1849	1824	430	1818	1846	402

Natur der Streitache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte										Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zulassung bzw. Beschlossen		
		Bis 1 Monat (= 30 Tage)							Mehr als				Mittlere Dauer	
		1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 Jahre	Jahre	Monate	Tage					
<b>I. Zivilsachen:</b>														
1. Direkte Prozesse . . . . .	12	1	2	4	1	2	4	2	2	4	2	24	10	22
2. Berufungen . . . . .	986	79	164	28	3	112	1	—	—	1	—	25	2	36
3. Nichtigkeitsbeschwerden	10	5	3	1	—	1	—	—	—	—	4	—	1	43
4. Revisionsbegehren, Er-läuterungsbegehren und Moderationsgesuche . . .	12	6	4	1	—	1	—	—	—	—	11	28	2	25
<b>II. Strafsachen . . . . .</b>	<b>565</b>	<b>896</b>	<b>117</b>	<b>32</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>7</b>	<b>24</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>22</b>
<b>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten und Entzernungen . . . . .</b>	<b>595</b>	<b>229</b>	<b>250</b>	<b>66</b>	<b>7</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>29</b>	<b>2</b>	<b>21</b>
<b>IV. Verwaltungsverfahrenliche Streitigkeiten . . . . .</b>	<b>184</b>	<b>16</b>	<b>53</b>	<b>28</b>	<b>11</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>23</b>	<b>5</b>	<b>32</b>
<b>V. Beschwerden betr. das Schuld-betriebs- und Konkurs-wesen . . . . .</b>	<b>130</b>	<b>117</b>	<b>8</b>	<b>5</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1</b>	<b>16</b>	<b>—</b>	<b>24</b>
<b>Total</b>	<b>1844</b>	<b>849</b>	<b>601</b>	<b>247</b>	<b>118</b>	<b>227</b>	<b>22</b>	<b>7</b>						

## Spezieller Teil

### I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1960 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1959 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1961 übertragen
1. Direkte Prozesse . . . . .	17	6	23	12	11
2. Berufungen . . . . .	116	371	487	386	101
3. Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	—	10	10	10	—
4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren . . . . .	5	15	20	12	8
Total	138	402	540	420	120

Von den Berufungen wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	46
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	72
Gutheissung . . . . .	36
Abweisung . . . . .	208
Rückweisung an die Vorinstanz . . . . .	24
	386

Von den 101 auf 1961 übertragenen Berufungen stammen je eine aus den Jahren 1956 und 1958, sowie drei aus dem Jahre 1959; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 54 in den Monaten November und Dezember). 13 Berufungen konnten wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer anderen Behörde noch nicht erledigt werden.

**II. Strafrechtspflege**

1. Die Anklagekammer hatte sich mit 30 Fällen (Vorjahr 27) zu befassen, und zwar:

- a. mit der Aufsicht über eine Voruntersuchung wegen Annahme von Geschenken und passiver Bestechung, die erledigt worden ist.
- b. mit 27 Gerichtsstandstreitigkeiten, davon 12 unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 15 Fällen wurde der Gerichtsstand auf Begehren einer Partei bestimmt. Mit Ausnahme eines Gesuches sind alle Fälle erledigt worden.
- c. mit 2 Gesuchen um Rechtshilfe, wovon eines erledigt, das andere auf 1961 übertragen worden ist.

2. Das Bundesstrafgericht hatte nicht in Funktion zu treten.

3. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 586 (Vorjahr 526), davon 64 aus dem Vorjahr. Von den 1960 eingegangenen Geschäften waren 98 Motorfahrzeugfälle.

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	161
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	67
Gutheissung . . . . .	59
Abweisung . . . . .	<u>250</u>
	<u>537</u>

Die 49 auf 1961 übertragenen Beschwerden sind, mit Ausnahme von einem Fall, in dem noch eine kantonale Kassationsbeschwerde hängig ist, alle im Berichtsjahr eingegangen, 32 davon in den Monaten November und Dezember.

Von den insgesamt 537 erledigten Geschäften wurden 263 gemäss Artikel 275<sup>bis</sup> BStP vom Dreierausschuss des Kassationshofes erledigt.

## III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1960 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streit Sache	Von 1959 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1961 übertragen
1. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83b OG) . . . . .	4	—	4	1	3
2. Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger (Art. 84a OG) . . . . .	136	554	690	557	133
3. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84c OG) . . . . .	8	4	12	8	4
4. Beschwerden wegen Verletzung bundesrechtlicher Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden (Art. 84d OG)	—	2	2	1	1
5. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85a OG) . . . . .	—	2	2	2	—
6. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten . . . . .	—	1	1	1	—
7. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren (Art. 136 ff. OG) . . . . .	3	13	16	13	3
8. Rekurse in Enteignungssachen . . . . .	4	31	35	12	23
Total	155	607	762	595	167

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	177
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	105
Gutheissung . . . . .	62
Abweisung . . . . .	251
	595

226 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 14 Fälle von der I. Zivilabteilung, 15 Fälle von der II. Zivilabteilung, 9 Fälle von der verwaltungsrechtlichen Kammer und 24 Fälle vom Kassationshof.

Von den 167 auf 1961 übertragenen Geschäften stammen je eines aus den Jahren 1984 und 1945, 6 aus dem Jahre 1956, 4 aus dem Jahre 1957, 6 aus dem Jahre 1958 und 12 aus dem Jahre 1959; die übrigen sind im Berichtsjahr eingegangen (116 in den Monaten November und Dezember). 84 Geschäfte konnten

wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht behandelt werden.

Es wurden 69 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG erledigt.

2 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs austausch mit dem Bundesrat oder den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

#### IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1960 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1959 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1961 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben</i> (Art. 97 und 98 OG) . . .	22	66	88	62	26
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. Registersachen . . . . .	10	17	27	21	6
2. Stiftungsaufsicht . . . . .	1	—	1	1	—
3. Privatversicherung . . . . .	—	1	1	—	1
4. Zollsachen . . . . .	4	4	8	7	1
5. Fabrik- und Gewerbewesen . . . . .	—	1	1	1	—
6. Sozialversicherung . . . . .	4	1	5	5	—
7. Post, Telegraph und Telephon . . . . .	—	2	2	2	—
8. Weitere Fälle (Art. 100 OG) . . . . .	4	12	16	9	7
9. Schutz der Uhrenindustrie . . . . .	3	17	20	13	7
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. des Bundes oder gegen den Bund (Art. 110 OG) . . . . .	7	4	11	7	4
b. aus dem Beamtenverhältnis (Art. 110a OG) . . . . .	3	2	5	5	—
c. weitere Fälle (Art. 111a und i) . . . . .	1	3	4	1	3
IV. <i>Prorogation</i> (Art. 112 OG) . . . . .	1	—	1	—	1
Total	60	130	190	134	56

Von den 190 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten . . . . .	8
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	28
Gutheissung . . . . .	33
Abweisung . . . . .	65

134



### V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 133 (21 weniger als im Vorjahr). Erledigt wurden 180, so dass 3 Fälle auf das Jahr 1961 übertragen werden mussten.

Die Erledigung erfolgte durch:

Nichteintreten . . . . .	37
Gegenstandslosigkeit. . . . .	1
Gutheissung . . . . .	25
Abweisung . . . . .	67
	<u>180</u>

Die Berichterstattung der kantonalen Aufsichtsbehörden gab zu keinen Bemerkungen Anlass.

Die Kammer hat verschiedene der von den Betreibungs- und Konkurs-ämtern zu verwendenden Formulare ergänzt oder präzisiert, um Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, die in der Praxis aufgetreten sind.

Von den Vernehmlassungen der Kammer seien erwähnt:

- die Stellungnahme zum Entwurf des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements betreffend Änderung des Gebührentarifs (im Konkurs von Banken und Sparkassen);
- die Stellungnahme zur Berechnung des pfändbaren Lohnbetrages bei Betreibungen für Unterhaltsbeiträge nach einem Vorschlag des Verbandes der Betreibungsbeamten des Kantons St. Gallen;
- die Beantwortung einer Anfrage des Justiz- und Polizeidepartements des Kantons Genf betreffend die Befugnisse der bisweilen beim Vollzug von Pfändungen und Arresten beigezogenen Polizeigewalt;
- die vorläufige Stellungnahme zum Vorschlag der Schweizerischen Bankiervereinigung, das Bundesgericht möge auf Grund des Artikels 36 Absatz 3 des Bankengesetzes vom 8. November 1934 allgemeine Vorschriften für den Konkurs von Banken und Sparkassen erlassen.

#### *Eisenbahnunternehmungen*

Gläubigergemeinschaftsverfahren: 1 beendet, 2 hängig geworden.

Zwangsliquidationen: Gesuche gegen 1 Unternehmung hängig geworden.

### VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

Den Berichten der Präsidenten für das Geschäftsjahr 1960 entnehmen wir folgende Angaben:

Kreis I: Von 14 Geschäften, von denen 8 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: elektrische Leitungen 8, SBB 4, Flugplatz 1, Post 1; es wurden 5 Geschäfte erledigt und 9 auf das folgende Jahr übertragen.

- Kreis II: Von 15 Geschäften, von denen 6 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: Kraftwerke 3, elektrische Leitungen 3, EMD 6, SBB 2, Privatbahn 1; es wurden 8 Geschäfte erledigt und 7 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis III: Von 12 Geschäften, von denen 7 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: Kraftwerke 2, elektrische Leitungen 1, Flugplätze 2, SBB 5, Schiessplatz 1, Tram 1; es wurden 4 Geschäfte erledigt und 8 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis IV: Von 19 Geschäften, von denen 9 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: Kraftwerk 1, elektrische Leitungen 9, SBB 4, Privatbahnen 2, Strassenbau 3; es wurden 2 Geschäfte erledigt und 17 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis V: Von 9 Geschäften, von denen 6 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: elektrische Leitungen 4, SBB 1, EMD 1, Strassenbau 3; es wurden 6 Geschäfte erledigt und 3 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis VI: Von 15 Geschäften, von denen 8 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: Kraftwerke 2, elektrische Leitungen 5, EMD 4, PTT 2, SBB 2; es wurden 4 Geschäfte erledigt und 11 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis VII: Von 41 Geschäften, von denen 26 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: Kraftwerke 19, elektrische Leitungen 10, SBB 4, Privatbahn 1, Schiessplätze 2, Zoll 1, Strassenbau 3, Flugplatz 1; es wurden 15 Geschäfte erledigt und 26 auf das folgende Jahr übertragen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 13. Februar 1961.

*Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichts,*

Der Präsident:

**Schönenberger**

Der Gerichtsschreiber:

**Heiz**